

EXTRAIT DU PROCES-VERBAL
DE LA SEANCE DU CONSEIL GENERAL
DU 15 DECEMBRE 2015

- n° 185 de M. Jérôme Hayoz (PS) et de 21 cosignataires demandant au Conseil communal d'étudier les conséquences de l'Accord sur le commerce des services (ACS) (en anglais Trade in Services Agreement, TiSA) pour les services communaux

Herr Jérôme Hayoz (SP) stellt folgendes Postulat vor:

"Der Gemeinderat der Stadt Freiburg soll prüfen:

1. *Welche Auswirkungen das TiSA-Abkommen für den Service public und die Dienstleistungen der Stadt Freiburg haben.*
2. *Ob eine Erklärung der Stadt Freiburg zur 'TiSA-freien Zone', wie es auch andere Gemeinden machen, möglich und sinnvoll ist, um die Dienstleistungen und der Service public in der Stadt Freiburg besser schützen würde.*
3. *Welche weiteren Möglichkeiten zur Bekämpfung der negativen Konsequenzen des TiSA-Abkommens der Stadt Freiburg zur Verfügung stehen.*

Begründung

Zurzeit wird das TiSA-Abkommen (Trade in Services Agreement), das eine Marktöffnung für alle Dienstleistungsbereiche und den Service public vorsieht, mit aktiver Mitarbeit der Schweiz völlig im Geheimen verhandelt. Bis heute wurde die Bevölkerung der Schweiz nicht befragt, wie sie zu diesen Verhandlungen steht. Im Gegenteil, die Bevölkerung wird aussen vorgelassen. Die Verhandlungen werden unter höchster Geheimhaltung und von einem Dutzend Unterhändlern, Experten und eingeladenen Lobbyisten geführt. Die Resultate sollen noch fünf Jahre nach dem Abschluss oder Scheitern der Verhandlungen geheim bleiben. Die Bevölkerung wird also selbst bei einem Beitritt der Schweiz zu TiSA nicht wissen, was genau entschieden wurde. Zusätzlich zu diesem undemokratischen Vorgehen verhandelt der Bundesrat ohne demokratisches Mandat: Er verhandelt TiSA im Rahmen des mehr als zehn Jahre alten DOHA-Mandats, obwohl TiSA ausserhalb der WTO verhandelt wird, nicht zum DOHA-Vertragwerk gehört und neue Spielregeln kennt. Die Gemeinden werden bei Abschluss von TiSA stark betroffen sein. Aber sie werden weder informiert, vergessen einbezogen. Der Einfluss auf kommunale Dienstleistungen und den Service public wie z.B. das Gesundheitssystem, den öffentlichen Verkehr, den Energiebereich, das Trinkwasser und vieles mehr ist unbestritten. Auch die Arbeitsbedingungen im Dienstleistungsbereich würden unter grossen Druck geraten.

Kurzum: TiSA strebt die komplette Liberalisierung der Dienstleistungs- und Service public- Märkte an.

Die folgenden im TiSA-Abkommen vorgesehenen Instrumente machen es praktisch unmöglich abzuschätzen welche Folgen das Vertragwerk in Zukunft auf Städte und Gemeinden haben wird. Hier einige Beispiele:

- *Negativlisten: Gemäss TiSA muss jeder Vertragsstaat eine Liste der Dienstleistungen erstellen, die von der Marktöffnung ausgenommen werden sollen. Alles, was auf der Liste fehlt, wird zwingend für den Markt geöffnet. Bereits das GATS-Abkommen war ein neoliberales Monument. Doch galten beim GATS wenigstens noch Positivlisten. Bedeutet: Ein Staat musste aktiv deklarieren, was geöffnet werden soll. TiSA ist das Umgekehrte.*
- *Ratchet-Klausel: Gemäss TiSA-Abkommen darf eine einmal gemachte Marktöffnung nicht mehr zurückgenommen werden.*
- *Standstill-Klausel: Gemäss TiSA-Abkommen darf die Regulierungsdichte, wie sie bei Unterzeichnung des Abkommens besteht, zukünftig nicht mehr erhöht werden.*
- *Future-proofing-Klausel: Gemäss TiSA-Abkommen sind zukünftige Dienstleistungen, die heute noch nicht erfunden sind, zwingend der Marktöffnung ausgeliefert.*

Der Bundesrat verhandelt also geheim, an der Bevölkerung vorbei, gegen den sozialen Frieden, gegen die demokratischen Regeln der Schweiz und gegen staatsrechtliche Grundsätze. Bereits ist klar wer die Gewinner des TiSA-Abkommens sein werden: Die multinationalen Konzerne, die Finanzmärkte und grosse Wirtschaftskateure. Die Verlierer? Der Rest der Bevölkerung und vor allem die Konsumentinnen und Konsumenten."